



18.01

### Jahresrechnung 2010; Genehmigung

- a) **Stadtwerke**
- b) **Städtischer Haushalt und Altersheim**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. März 2011 mit folgenden Anträgen:

1. Die Jahresrechnung 2010 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss 2010 der Stadtwerke von CHF 4'481'612.21 wird wie folgt verwendet:

Gewinnablieferung an den Stadthaushalt 2011	CHF	2'500'000.00
Sondereinlage Energiefonds	CHF	500'000.00
Sonderabschreibungen Photovoltaikanlagen	CHF	400'000.00
Zusatzablieferung an den Stadthaushalt 2011	CHF	500'000.00
Rückstellungen für künftige Infrastrukturprojekte	CHF	581'612.21
3. Der Ertragsüberschuss 2010 des Städtischen Haushaltes von CHF 1'798'338.97 wird für Zusatzabschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (gemäss obenstehender Aufstellung) verwendet.
4. Der Ertragsüberschuss 2010 des Altersheims Espel von CHF 37'913.30 wird in die Betriebsreserve eingelegt.

### Eintretensdiskussion:

**Franziska Geser-Burch (CVP)** verliest als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission deren Bericht.

*"Im Budget 2010 wurde ein Defizit im Städtischen Haushalt von über 6 Mio. CHF prognostiziert. Der Rechnungsabschluss 2010 wurde erstellt und nun können wir gar über einen Ertragsüberschuss von 1,7 Mio. CHF bestimmen. Woher kommt dieser Geldregen in Gossau?"*

*Markant höhere Steuereinnahmen haben ihren Beitrag dazu geleistet. Die Unternehmenssteuereinnahmen waren rund 2 Mio. CHF höher und bei den natürlichen Personen waren die Einnahmen 4 Mio. CHF über Budget. Nicht ausser Acht gelassen werden darf jedoch, dass insgesamt 3,3 Mio. CHF weniger Steuern eingegangen sind als im Vorjahr. In der laufenden Rechnung wurden die Ausgaben relativ budgetgetreu eingehalten, was zu diesem positiven Rechnungsabschluss beiträgt. Einzig im Ressort Bildung wurden gegenüber dem Voranschlag rund 600'000 CHF mehr Nettoaufwendungen getätigt.*

*Die Rechnungen 2010 werden mit sehr ausführlichen Kommentaren begleitet. Zusätzliche Fragen der GPK wurden durch die zuständigen Personen rasch und kompetent erläutert.*

*Im Bericht und Antrag vom 4. April 2011 hat Sie die Geschäftsprüfungskommission orientiert, dass wir die Amtsführung der Räte und der Verwaltung des vergangenen Jahres überprüft haben. Nach unseren Feststellungen werden die Amtsgeschäfte kompetent, korrekt und übersichtlich geführt. Die einzelnen Ressorts-Schwerpunktsprüfungen haben wir im vergangenen Jahr vorgenommen. Allfällige Empfehlungen haben wir zu Händen des zuständigen Stadtrates abgegeben.*

*Die externe Kontrollstelle BDO AG, St. Gallen prüfte die Jahresrechnungen 2010 und empfiehlt in ihrem Bericht vom 9. März 2011 dem Stadtparlament Antrag auf Genehmigung der Jahresrechnungen zu stellen. Die Buchhaltung der Stadt Gossau wird ordnungsgemäss geführt. Die externe Kontrollstelle hat lediglich einzelne Empfehlungen abgegeben.*

Die Geschäftsprüfungskommission dankt den Behörden, Kommissionen, Lehrkräften und allen Mitarbeitenden, die sich zum Wohle der Stadt Gossau einsetzen und zum vorliegenden guten Ergebnis 2010 beigetragen haben, insbesondere dem Finanzamt unter dessen Leitung von Heinz Loretini. Herrn Markus Meli von der BDO AG und seinem Team möchten wir für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit ebenfalls herzlich danken.

### **Das Ergebnis 2010 der Stadtwerke**

Die Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 4,4 Mio. CHF ab. Budgetiert waren 3,3 Mio. CHF. Die Bruttomargen sind im Strom- und Erdgasbereich gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Im Wasserbereich konnte die Marge hingegen verbessert werden.

Die GPK stellt fest, dass in der Netznutzungs-Kostenrechnung der Stadtwerke eine Deckungsdifferenz ausgewiesen worden ist. Aufgrund dessen wurde eine Rückstellung in der Höhe von 800'000 CHF vorgenommen.

Im Weiteren wurden verbuchte, jedoch nicht vorhandene, Mehrwertsteuerguthaben aus früheren Jahren im Betrage von CHF 353'000 bereinigt und ausgebucht.

Hingegen konnten aufgrund eines Neumitgliedes 410'000 CHF als ausserordentlichen Erfolg infolge Neuaufteilung der Aktien der Regionalen Wasserversorgung St. Gallen AG eingenommen werden.

Auf eine grosse Beliebtheit stösst der Energiefonds der Stadt Gossau. 158 Gesuche haben zugesicherte Förderbeiträge im Betrage von rund 900'000 CHF zugesprochen erhalten. Auch in diesem Jahr finden verschiedene Sonderaktionen in Sachen Mobilität, Solarenergie, Haushaltgeräte und Beleuchtung statt.

Im vergangenen Jahr konnte rund die Hälfte der budgetierten Investitionen ausgeführt werden. Es werden jeweils zusätzliche Projekte in die Investitionsplanung aufgenommen damit bei Nichtausübung der Projekte infolge Abhängigkeit Dritter, Ersatzobjekte zur Hand sind und dadurch das Personal ausgelastet werden kann. Die getätigten Investitionen konnten vollumfänglich durch die erwirtschafteten Mittel gedeckt werden.

### **Das Ergebnis 2010 des Altersheims Espel**

Über die Investitionsrechnung des Altersheims Espel wurde lediglich eine Waschschleudermaschine im Betrage von CHF 18'000 verbucht.

Weniger Belegungstage und eine geringere Pflegebedürftigkeit der Bewohnenden haben zu Mindereinnahmen bei den Heimtaxen geführt. Neu wird die Pflegebedürftigkeit nicht mehr mit BESA-Punkten eingestuft sondern über das RAI-System abgerechnet.

Trotz dieser Ausgangslage ist es dem Altersheim Espel gelungen mit einem Ertragsüberschuss von 37'913.30 CHF abzuschliessen.

### **Das Ergebnis 2010 des Städtischen Haushalts**

Im Voranschlag Investitionsrechnung waren Ausgaben in der Höhe von rund 18,2 Mio. CHF vorgesehen. Effektiv ausgeführt wurden 15,5 Mio. CHF, was eine Minderinvestition von 2,6 Mio. CHF ergibt.

Das Ergebnis 2010 der Laufenden Rechnung der Stadt Gossau weist einen Einnahmeüberschuss von rund 1,7 Mio. CHF aus.

Die Verschuldung der Stadt stieg trotz gutem Rechnungsergebnis weiter an und beträgt gegenwärtig 1'228 CHF pro Einwohner. Im Vergleich zum Jahr 2008 waren es noch 239 CHF. Der Bestand der aufgenommenen Kredite war noch nie so hoch. Dieser betrug per Ende Jahr 2010 45 Mio. CHF. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass der Steuerfuss gesenkt worden ist, mit dem Jahrzehntbau Oberstufenzentrum Buechenwald eine grosse Investition getätigt worden ist und auch Immobilien gekauft worden sind.

## **Die Gewinnverwendung 2010**

### **Stadtwerke**

Der erzielte Ertragsüberschuss der Gossauer Stadtwerke von insgesamt 4,481 Mio. CHF soll gemäss Antrag des Stadtrates wie folgt verteilt werden:

Gewinnablieferung an den Stadthaushalt 2011	CHF	2'500'000.00
Sondereinlage Energiefonds	CHF	500'000.00
Sonderabschreibungen Photovoltaikanlagen	CHF	400'000.00
Zusatzablieferung an den Stadthaushalt 2011	CHF	500'000.00
Rückstellung für künftige Infrastrukturprojekte (Vorfinanzierung)	CHF	581'612.21

Die GPK hat über die Anträge des Stadtrates diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass die vom Stadtrat gestellten Anträge nachvollziehbar und sinnvoll sind.

Grundsätzlich wäre der gesamte Gewinn der Stadtwerke in den städtischen Haushalt zu überführen. Es ist jedoch üblich, dass lediglich ein Teil in die Stadtkasse fliesst. Der Stadtrat ist bestrebt dem Parlament ein Reglement über die Verwendung von Gewinnen bei den Stadtwerken vorzulegen.

Bei den Photovoltaikanlagen handelt es sich um die Anlagen OZ Buechenwald und Rathaus.

Als künftige Infrastrukturprojekte liegen die Erstellung eines umfassenden Glasfasernetzes, Massnahmen aus dem Energiekonzept sowie die Anstrengung des Goldlabels zu Grunde.

Die Ablieferungen der Stadtwerke werden im Zuge des Parlamentsentscheides als Gewinnablieferung im Folgejahr (Rechnung 2011) verbucht.

### **Städtischer Haushalt**

Hier beantragt der Stadtrat:

Der Ertragsüberschuss von CHF 1'798'338.97 sei für Zusatzabschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen einzusetzen.

Der Stadtrat erachtet die Reserve für künftige Aufwandüberschüsse (Saldo Ende Jahr 2010: CHF 12,34 Mio.) als hinreichend und verzichtet auf eine weitere Äufnung.

Im Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. März 2011 ist eine Auflistung der vorgesehen Zusatzabschreibungen inkl. Begründung ersichtlich.

Die zusätzlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden in der Rechnung 2010 verbucht.

Ich wurde vermehrt gefragt, ob denn der Ertragsüberschuss von 1,7 Mio. CHF nicht zur Rückzahlung der Schulden eingesetzt werden könnte. Zur Erklärung ein kleiner theoretischer Teil.

Das öffentliche Rechnungswesen ist in eine Bestandes- sowie Verwaltungsrechnung gegliedert. Die Bestandesrechnung besteht aus Aktiven und Passiven. Die Verwaltungsrechnung umfasst die laufende Rechnung sowie die Investitionsrechnung. Jetzt gilt es festzustellen, wo was gebucht wird.

In der laufenden Rechnung, die als Erfolgsrechnung aufgebaut ist, stehen die getätigten Aufwände den erzielten Erträgen gegenüber. Das Ergebnis der laufenden Rechnung heisst Aufwand- oder Ertragsüberschuss. In unserem Fall die 1,7 Mio. CHF Überschuss.

Sämtliche Aufwände und Erträge mit Konsumcharakter sowie die Kostenfolge von Investitionen (Abschreibungen, Zinsen und Unterhalt) werden in der laufenden Rechnung verbucht.

Die Investitionsrechnung weist die Ausgaben und Einnahmen aus, die das Verwaltungsvermögen verändern. Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen ergibt sich die Nettoinvestition. In der Jahresrechnung 2010 betrug diese 13,3 Mio. CHF. Diese Investitionen werden über die Bestandesrechnung (Aktiven und Passiven) getätigt und wie oben erwähnt, lediglich die Kostenfolgen über die laufende Rechnung verbucht. Da wir uns aufgrund des Cashflow etwa 10 Mio. CHF Investitionen leisten können, hat die Stadt mit 13,3 Mio. Nettoinvestitio-

nen über ihre Verhältnisse investiert. Um diese zu finanzieren musste die Stadt Kredite aufnehmen. Die 1,7 Mio. CHF liegen leider nicht auf einem Bankkonto. Im Gegenteil die Stadt hat sich weiter verschuldet.

Im Weiteren ist in Art. 112 GG definiert, dass ein Ertragsabschluss dem Eigenkapital zugewiesen, für zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen verwendet oder in Vorfinanzierungen für künftige Ausgaben oder künftigen Aufwand eingelegt werden muss.

Aufgrund all dieser Ausführungen stützt die GPK den Antrag des Stadtrates.

### **Altersheim Espel**

Der Stadtrat beantragt den Ertragsüberschuss von 37'913.30 CHF der Betriebsreserve einzulegen. Dies ist unseres Erachtens ebenfalls zu genehmigen.

### **Anträge**

Meine Damen und Herren, wir von der GPK stellen Ihnen auf der Grundlage der genannten Ausführungen daher einstimmig folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnungen 2010 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheim Espel seien zu genehmigen.
2. Die Verwendung der Ertragsüberschüsse gemäss den Anträgen des Stadtrates sei zu genehmigen.

**Erwin Sutter (FLiG)** stellt eine steigende Verschuldung der Stadt fest, diese liegt derzeit auf dem höchsten Stand. Für verschiedene Projekte fehlten die personellen Ressourcen zur Realisierung, er bedauert dies. Die vom Parlament freigegebenen Projekte sollten innert nützlicher Frist realisiert werden, dafür ist das nötige Personal zur Verfügung zu stellen. Ein zu tiefer Steuerfuss wirkt sich langfristig zum Unwohl der einheimischen Bevölkerung aus. Er lobt die bisherigen Erfolge des Energiefonds und unterstützt den Antrag für eine zusätzliche Einlage. Er beantragt Eintreten.

**Gallus Hälg (SVP)** stellt mit Freude fest, dass die Rechnung stark besser abschliesst als budgetiert. Die Verschuldung ist trotzdem angestiegen, der Ertragsüberschuss hat mit der Verschuldung nichts zu tun. Aufgrund der hohen Investitionen ist es nicht überraschend, dass der Cashflow die Investitionen nicht finanzieren konnte. Vermehrt muss noch auf unnötige Projekte verzichtet werden. Die beantragte Überschussverwendung wird unterstützt. Die Entwicklung der Sondereinlagen wird indessen aufmerksam beobachtet. Er beantragt Eintreten.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** setzt sich für eine hohe Übereinstimmung von Budget und Rechnung ein, was 2010 recht gut gelungen ist. Das Haushaltsjahr hat sich wegen der Konjunkturerholung gut entwickelt. Wegen der grossen Investitionstätigkeit steigt die Verschuldung der Stadt an, weitere grosse Vorhaben stehen bevor. Der Verwendung des Ertragsüberschusses wird zugestimmt, er beantragt Eintreten. Der Geschäftsbericht ist sehr umfangreich und informativ, er beantragt Genehmigung.

**Markus Mauchle (CVP)** bedauert, dass die Projektierung der Buechenwaldsporthalle sistiert wurde. In der laufenden Rechnung wurde sehr budgetgetreu gearbeitet. Bei den städtischen Grundstücken stellt er die Frage, ob diese zur Schuldentilgung verkauft werden könnten. Sehr erfreulich ist die Nutzung des Energiefonds. Er beantragt Eintreten.

### **Detaildiskussion:**

Jahresrechnung Stadtwerke: keine Diskussion

Jahresrechnung Stadthaushalt: keine Diskussion.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Den Anträgen des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

18.02

**Geschäftsbericht 2010; Genehmigung**

Grundlage ist der Antrag des Stadtrates vom 16. März 2011 mit folgendem Antrag:

*Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 lit. a) Gemeindeordnung genehmigt.*

**Eintretensdiskussion:**

Der Präsidentin der GPK, **Franziska Geser-Burch (CVP)**, ist es ein Anliegen, für die Erstellung der sehr umfassenden Informationen im Geschäftsbericht zu danken. Sie möchte, sofern nicht bereits erfolgt, alle ermuntern diesen informativen Bericht durchzulesen.

Bei der Statistik „Personalwesen“ auf Seite 11 hat sich die GPK nähere Informationen beim Stadtrat eingeholt. Insbesondere die höhere Fluktuationsrate in der allgemeinen Verwaltung wurde hinterfragt. Der GPK ist es ein Bedürfnis, dass in Gossau gut qualifiziertes Gemeindepersonal tätig ist. Daher wird die neue Praxis bezüglich Schul- und Prüfungskostenübernahme der Gemeindefachschule sehr begrüsst.

Die laufende Legislatur ist bereits wieder zur Hälfte vorbei. Wir wünschen dem gesamten Stadtrat, dem neu zu wählenden Stadratsmitglied und allen Stadtangestellten viel Elan und Freude die angestrebten Punkte gemäss Mehrjahresplan erfolgreich in Angriff zu nehmen.

**Markus Mauchle (CVP)** stellt fest, dass die Stadt gemäss Geschäftsbericht sehr gut positioniert ist. Ergänzungen in der Mehrjahresplanung wären möglich, z.B. Sportstättenplanung, Sporthalle, Wohnen im Alter, Gröblikreisel. Fast durchwegs ist eine hohe Fluktuationsrate im Personal festzustellen.

**Detalldiskussion:**

**Kathrin Rutz (FLiG)** stellt im KUBUS einen Rückgang von 30 % fest, weil dort interessante Angebote fehlen. Die Jugendlichen sollten vermehrt angeworben werden, diese Einrichtung zu nutzen. Sie fragt, wie der Besucherrückgang gebremst werden kann.

**Stadtrat Paul Egger** stellt fest, dass vermehrt Quartierarbeit und Projektarbeit nachgefragt wird. Mit dem Projekt "Mitreden.gossau" wird diesem Anspruch nachgelebt. Auch für die jugendlichen Besucher sind spezielle Programme vorgesehen. Auch soll die Durchmischung der Altersgruppen verbessert werden. Mit Projekten soll die Jugendarbeit vor Ort verbessert werden.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag des Stadtrates wird zugestimmt.

18.03

### **Erschliessung Obstgarten; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Oktober 2010 mit folgendem Antrag:

*Für die Erschliessung Obstgarten wird ein Kredit von CHF 2'063'000 inkl. MwSt. gewährt.*

Die Baukommission hat am 8. Dezember 2010 Zustimmung beantragt. Am 4. Januar 2011 hat das Stadtparlament das Geschäft zur Neu Beurteilung an die Baukommission zurückgewiesen. Die Parlamentarische Baukommission stellt am 11. April 2011 folgenden bereinigten Antrag:

*Für die Erschliessung Obstgarten wird ein Kredit von CHF 1'590'000 inkl. MwSt. erteilt.*

### **Eintretensdiskussion:**

**Ernst Ziegler (SVP)** verliest den Bericht der Parlamentarischen Baukommission. Das Projekt wurde in verschiedenen Punkten überprüft und optimiert. Insbesondere wird die geplante Geleiseanlage der HASTAG um rund 2.5 m verkürzt. Dies ermöglicht eine spätere Verbreiterung der SBB-Unterführung. Nach erneuter Beratung beantragt die parlamentarische Baukommission folgende Änderungen am Projekt:

1. Auf die **Personenunterführung** des SBB-Trassees wird verzichtet.
2. Das **Trottoir** wird ab der Bischofszellerstrasse mindestens bis und mit Einfahrt HASTAG erstellt, auf die Fortsetzung westlich des SBB-Trassees wird verzichtet. Die Schleppkurve bei der Einmündung Bischofszellerstrasse wird vergrössert.

Mit diesen Projektänderungen entfallen die Kosten für die Personenunterführung. Die Kosten für den Strassenbau und die Kanalverlängerung verändern sich.

**Claudia Kretz Büsser (FDP)** unterstützt die Projektänderung. Es konnte eine sehr angemessene Lösung gefunden werden.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** schliesst sich den Überlegungen der Parlamentarischen Baukommission an. Die Gestaltung des Langsamverkehrs auf der Albertschwilerstrasse ist ein altes Anliegen. In dieser Frage gibt es kein Richtig oder Falsch, sondern lediglich Ermessen. Mit der nun beantragten Lösung ist eine Fussgängerunterführung für viele Jahre nicht realisierbar. Der Teilstrassenplan muss nochmals öffentlich aufgelegt werden.

### **Detaildiskussion:**

Nicht benützt.

### **Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag der Parlamentarischen Baukommission wird einstimmig zugestimmt.

18.04

### **Schulanlage Hirschberg; Sanierung Wärmeerzeugung, Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Oktober 2010 mit folgendem Antrag:

*Für die Sanierung der Wärmeerzeugung der Schulanlage Hirschberg wird ein Kredit von CHF 800'000 inkl. MwSt. erteilt.*

Die Parlamentarische Baukommission möchte eine Holzheizung für Pellets einbauen und stellt am 11. April 2011 folgenden Antrag:

*Für die Sanierung der Wärmeerzeugung der Schulanlage Hirschberg wird ein Kredit von CHF 570'000 inkl. MwSt. erteilt.*

#### **Eintretensdiskussion:**

**Ernst Ziegler (SVP)** verliest den Bericht der Parlamentarischen Baukommission. Gemäss Energiekonzept sollen vermehrt erneuerbare Energien für die Wärmeerzeugung verwendet werden. Der Unterhalt einer Pellets-Heizung wird höher sein, und es könnten leichte Immissionen entstehen. Doch wird ein einheimischer erneuerbarer Energieträger verwendet.

**Alfred Zahner (FLiG)** unterstützt den Vorschlag der Parlamentarischen Baukommission vorbehaltlos. Die detaillierte Überprüfung der Varianten hat sich gelohnt. Der gewählte Energieträger ist optimal.

**Fredi Mosberger (CVP)** ist hocherfreut über den Antrag und dennoch etwas irritiert. Warum erschien die Pellets-Heizung vor einem Jahr noch als unerschwinglich? Er hofft, dass das Hirschbergschulhaus nicht das letzte öffentliche Gebäude ist, welches mit Holz beheizt wird.

**Stadträtin Gaby Krapf** legt Wert auf die Feststellung, dass der Stadtrat dem Antrag der Parlamentarischen Baukommission zustimmt. Beide Varianten sind bezüglich CO2-Ausstoss vergleichbar. Die tieferen Investitionskosten sprechen für die beantragte Variante. Mit der Pellets-Heizung sollen nun Erfahrungen gesammelt werden.

#### **Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag der Parlamentarischen Baukommission wird einstimmig zugestimmt.

18.05

#### **Stadtbibliothek und Ludothek 2012; Überweisung an VBK**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. April 2011 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Stadtbibliothek und die Ludothek wird für den Umzug auf das Happy-Areal ein einmaliger Investitionskredit von CHF 850'000 erteilt.*
2. *Für den Betrieb der beiden Institutionen wird ab Betriebsaufnahme im Happy-Areal ein jährlich wiederkehrender Mehrbetrag von CHF 480'000 bewilligt.*
3. *Die Anträge werden dem Obligatorischen Finanzreferendum nach Art. 9 der Gemeindeordnung unterstellt.*

Das Präsidium beantragt, eine Vorberatende Kommission einzusetzen. Für deren Besetzung liegen folgende Vorschläge vor:

CVP	Stefan Häseli	Präsident
CVP	Leo Cozzio	Mitglied
FDP	Norbert Hälgi	Mitglied
FLiG	Erwin Sutter	Mitglied
SVP	Gallus Hälgi	Mitglied

Die SP hat den Wunsch geäußert, als beratende Stimme mit zu arbeiten.

**Beschluss**

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

18.06

**Sicherheitsverbund Region Gossau; Überweisung an VBK**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. April 2011 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Stadt Gossau tritt dem Zweckverband Sicherheitsverbund Region Gossau bei.*
2. *Die Vereinbarung über den Zweckverband Sicherheitsverbund Region Gossau im Entwurf vom 5. April 2011 wird genehmigt.*
3. *Die Beschlüsse 1 und 2 werden dem fakultativen Referendum unterstellt.*
4. *Die Vereinbarung über gemeinsame Organe des Feuerschutzes der Stadt Gossau und der Politischen Gemeinde Andwil vom 3. Januar 2008 wird aufgehoben, unter Vorbehalt des Zustandekommens des Zweckverbandes „Sicherheitsverbund Region Gossau“.*

Beschluss s. unten

18.07

**Feuerschutzreglement, 1. Nachtrag; Überweisung an VBK**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. April 2011 mit folgenden Anträgen:

1. *Der 1. Nachtrag zum Feuerschutzreglement vom 3. Juli 2007 wird, unter Vorbehalt des Zustandekommens des Zweckverbandes Sicherheitsverbund Region Gossau (SVRG), erlassen.*
2. *Der Beschluss wird dem fakultativen Referendum unterstellt.*

Das Präsidium beantragt, für die Geschäfte 18.06 und 18.07 eine einzige Vorberatende Kommission einzusetzen. Für deren Besetzung liegen folgende Vorschläge vor:

FDP	Hanspeter Fröhlich	Präsident
CVP	Reto Mock	Mitglied
CVP	Roman Steiger	Mitglied
FLiG	Marianne Federer	Mitglied
SVP	Thomas Künzle	Mitglied

**Beschluss**

Die Vorberatende Kommission für die Geschäfte 18.06 und 18.07 wird eingesetzt.

18.08

**Neue Vorstösse**

Einfache Anfrage Peter Bernhardsgrütter "Kernfahrbahn auf der Wilerstrasse"

Der Präsident



Stefan Harder

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 9. Mai 2011 genehmigt.